



Universiteit
Leiden
The Netherlands

Transnationale Konzerne im Urteil der Gewerkschaften

Tudyka, Kurt P.

Citation

Tudyka, K. P. (1972). Transnationale Konzerne im Urteil der Gewerkschaften. *Acta Politica*, 7: 1972(4), 471-482. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/3449355>

Version: Publisher's Version

License: [Leiden University Non-exclusive license](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/3449355>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Another unconventional application came about due to the fragmentation taking place within the Dutch party system. Here we presented at least circumstantial evidence that the parties with the least committed rank and file were suffering perhaps the most attrition. More significantly, we were able to suggest and partially demonstrate the extreme vulnerability of new parties as a consequence of their heavy complement of tepid enthusiasts. Virtually none of the new parties have managed to engender anything like the ranks of devoted followers characterizing the older, established parties.

From this perspective, one is moved to tread cautiously in predicting the fate of Holland's new parties — and the old ones too for that matter. If we are to understand more fully how new parties 'take hold' versus falling by the wayside, and how older parties maintain themselves versus atrophying, we must continually assess the psychological linkages between the mass publics and the parties. The argument of this paper has been that intensity of adherence forms a key element of such linkages.

Vorbemerkung

Die Analyse ökonomischer Prozesse und Institutionen ist für den 'mainstream' der Politischen Wissenschaft immer noch Anathema. Das gilt — wie die Durchsicht von Jahrgängen offizieller Politologenzeitschriften zeigt — selbst für Themen, wie Verbände und Integration, die die Dignität wiederholten Erkenntnisinteresses der etablierten Politikwissenschaft nur unter Vernachlässigung einer Untersuchung ihrer ökonomischen Voraussetzungen gefunden haben. Eine solche Ausklammerung musz jedoch für eine Wissenschaft, die sich der Erforschung und Erklärung von Herrschaftsstrukturen verschrieben hat, einen auf die Dauer untragbaren Realitätsverlust bedeuten.¹

Es ist daher symptomatisch für den Zustand der Disziplin, wenn ein Vorgang, wie die zunehmende Zentralisation expandierenden Kapitals in der Organisationsform der 'Multinational Corporation', oder 'International Company', die hier Transnationaler Konzern genannt werden,² noch keine gründliche politologische Analyse gefunden hat, obwohl gerade in Westeuropa die Konzerne während der vergangenen Jahre wiederholt Thema politischer Publizistik waren.

Insbesondere ist die Ausbreitung der Transnationalen Konzerne und ihrer präsumtiven Folgen zu einer Herausforderung für die nationalen Gewerkschaften geworden, die sich inzwischen zum Ruf nach dem Aufbau einer transnationalen, gewerkschaftlichen Gegenkraft steigerte.³ Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Konzernen bietet den Ansatz für eine Reihe politologischer Fragestellungen. Mehr kann im Rahmen dieses Beitrages nicht geleistet werden.

¹ Vgl. meinen Aufsatz, Politische Oekonomie — ein Desiderat der Politikwissenschaft, in: *PVS* H. 1, 10 Jg. 1969.

² Es fehlt nicht an künstlichen Abgrenzungen zwischen international, transnational, multinational und supranational business. Vgl. Richard Robinsons Definitionen zit. von Sidney Rolfe, Updating Adam Smith, in: *Interplay*, Nov. 1968, S. 19. Den Terminus 'Transnational Corporation' verwandte die International Chamber of Commerce. Selbstverständlich lässt sich gegen diesen Ausdruck prinzipiell auch einwenden, was allerdings noch mit mehr Berechtigung gegen das Attribut 'multinational' gesagt wurde, nämlich, 'dass er in einem Groszteil der Literatur in propagandistischem und apologetischem Sinn gebraucht wird, da er die Transzendenz nationaler Fehler und Rivalitäten suggeriert sowie das Auftauchen einer neuen Institution mit hoffnungsvollen Aussichten für die Zukunft'. So Paul M. Sweezy/Harry Magdoff, Ammerkungen zur multinationalen Korporation, in: *Sozialistisches Jahrbuch* 2, Berlin 1970, S. 18. Vgl. auch John Thackray, Not so multinational after all, in: *Interplay*, Nov. 1968, S. 23 f. Für zusätzlich qualifizierende Kriterien s. A. J. N. Judge, Multinational Business Enterprise, in: *Yearbook of International Organizations* 12th ed. 1968/69, Bruxelles 1969, S. 1190 ff.

³ Zuletzt auf dem 10. Weltkongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften vom 10.-14.7.1972 in London.

1, Zu Begriff und Bedeutung

Nach einer vereinfachten Definition der Gewerkschaften für die Transnationalen Konzerne handelt es sich um Unternehmen, die nicht nur im 'Marketing' in mehr als einem Land tätig sind.⁴ In diesem Sinne sind sie keine neue Erscheinung, sondern ebenso alt und aktuell wie der Kapitalismus selbst. Neu sind die rasche Zunahme in Anzahl und Größe der Konzerne während der vergangenen beiden Jahrzehnte, das Eindringen in verschiedenartige Branchen und Sektoren, die Art ihrer Kapitalaufbringung und die von ihnen gebrauchten technischen und organisatorischen Verfahren, um Vertrieb und Produktion in verschiedenen Ländern zu integrieren.

Im Zentrum der Erörterungen stehen industrielle Unternehmungen (Multinational Production Enterprise); Organisationen wie Reedereien, Fluggesellschaften, Speditionen, Banken, Versicherungen, Handelshäuser mit einer transnationalen Tradition ihrer Geschäfte oder ihrer Form nach jüngere Service-Einrichtungen, wie Planungs-, Beratungs-, Finanzierungs- ('Leasing-'), Verleih- und Werbefirmen oder Restaurant- und Hotelketten erregen innerhalb der gewerkschaftlichen Diskussion und in der Publizistik weniger Aufmerksamkeit.⁵

Je mehr und verschiedenartig ausländische Filialbetriebe, Aktienbesitzer, Börsenzulassungen, Management-Angehörige und andere Merkmale bzw. je geringer die Differenz zwischen inländisch und ausländisch, umso 'transnationaler' gilt der Konzern, wobei damit schon vorausgesetzt ist, dass ein unverwechselbarer inländischer, d.h. spezifisch nationalstaatlicher Ausgangspunkt vorgegeben ist. Gelegentlich wird umgekehrt von einem 'Zukunfts'-Modell einer transnationalen Unternehmung, in der Kapital und Management unterschiedslos aus verschiedenen Ländern kommen, ausgegangen und der gegenwärtige Zustand noch als unvollkommen bezeichnet. Solche und ähnliche 'integrations-theoretische' Klassifikationsversuche muten freilich akademisch an, weil sie an der Wirklichkeit und den Ursachen der transnationalen Konzernbildung vorbeisehen.

Die Expansion der Transnationalen Konzerne beruht vorwiegend auf direkten Auslandsinvestitionen und dem Aufkauf bestehender Firmen für die Gründung ausländischer Tochterfirmen durch meist amerikanische sowie auch europäische (d.h. westdeutsche, englische usw.) und japanische Unternehmen. Das Attribut 'transnational' verdient in fast allen Fällen nur die Streuung der

⁴ Damit sind nur Unternehmen mit einem Auslandsanteil ausgeschlossen, der auf Export beruht. Wichtigstes Kriterium ist freilich die einheitliche Entscheidungsstruktur vorallem in Bezug auf die Produktion in verschiedenen Ländern.

⁵ Das betrifft nicht die Kontroversen, die in solchen Unternehmen auf der Ebene der Beschäftigten z.B. über die Bildung von Betriebsräten stattfinden, wie z.B. bei den Luftverkehrsgesellschaften.

Produktionbetriebe auf verschiedene nationalstaatliche Territorien. Besitzverhältnisse und die Unternehmungsleitungen werden durch die Muttergesellschaft kontrolliert, die ihre soziale Verankerung im Ursprungsland des Unternehmens haben. Zu den bekannten Ausnahmen gehören Konzerne wie Unilever und Shell/Royal Dutch und die binationalen Fusionen von Agfa/Gevaert und Hoogovens/Hoesch.

Die meisten Transnationalen Konzerne werden aber nicht nur von einem Land aus kontrolliert, ihre wirtschaftliche Tätigkeit hat dort auch ihr Schwergewicht, m.a.W. der Inlandsanteil von Produktion und Umsatz, von Investitionen, Kosten und Profit, von Zulieferern und Beschäftigten ist noch größer als der entsprechende Auslandsanteil. Ausnahmen hinsichtlich mancher Merkmale bilden z.B. Singer und British American Tobacco, Volkswagen, die Erdöl- und andere Rohstoffkonzerne. Schliesslich ist noch anzumerken, dass die Ausbreitung vorallem der US-amerikanischen Konzerne nicht allein durch Kapitalexport, sondern während der letzten Jahre zunehmend durch Kapitalaufnahme im Ausland, nicht zuletzt durch den Euro-Dollar-Markt finanziert und durch Portfolio-Erwerbungen europäischer Anleger in den USA begünstigt wurde. Dazu heisst es in einer gewerkschaftlichen Stellungnahme: 'Wenn somit irgendeine Gefahr einer 'amerikanischen' Beherrschung der europäischen nationalen Wirtschaften besteht, dann ist diese Gefahr sehr weitgehend von den europäischen Kapitalisten und Spekulanten selbst geschaffen worden'.⁶ Vor einer Darstellung von Reaktionen auf die Expansion der Transnationalen Konzerne sind noch einige Hinweise auf ihre Verteilung und Größenordnung anzubringen. Man kann von der These ausgehen, dass die heute in den führenden kapitalistischen Industriestaaten registrierten umsatzgrössten Industrieunternehmen jeweils auch Transnationale Konzerne sind. Das belegen die Beispiele von General Motors, Standard Oil (N. J.), Ford Motor, General Electric und IBM für die USA, Volkswagenwerk, Siemens und Farbwerke Hoechst für die BRD, Shell/Royal Dutch und Unilever für die Niederlande bzw. Grossbritannien, Hitache, Toyota und Nissan für Japan, Fiat und Montecatini-Edison in Italien, Renault und Rhone-Poulenc für Frankreich, Nestlé für die Schweiz usw.. Zwischen dem Grad der Kapitalakkumulation bzw. —konzentration und transnationalen Operationen besteht offensichtlich ein direkter Zusammenhang.

Von den 460 umsatzgrössten Industrieunternehmen der kapitalistischen Welt kamen 1970 260 aus den USA, von den 200 grössten 123 und von den 100 grössten 64. Die Verteilung zeigt, dass aus den USA nicht nur die weit ausmeisten, sondern auch die grössten Transnationalen Konzerne stammen. Die

⁶ Material zu Multinationalen Gesellschaften für Weltwirtschaftskonferenz des IBFG in Genf vom 24.-26.6.1971, S. 4.

fünf grössten nichtamerikanischen Unternehmen kamen im Vergleich mit den US-amerikanischen erst auf den Rang 4, 9, 15, 18 und 19.

Nach den USA sind Japan, Westdeutschland, Grossbritannien und Frankreich die vier Herkunftsländer mit den meisten und grössten Transnationalen Konzernen. Die 460 grössten Industrieunternehmen der kapitalistischen Welt verteilten sich 1970 auf 19 Herkunftsländer, darunter sind fünf Dritt-Welt-Länder mit sieben Rohstoffkonzernen. Eine vergleichende Rangordnung zwischen Umsatz der Konzerne, Jahreshaushalt der Regierungen und Brutto-sozialprodukt von Ländern zeigt, dass General Motors eine höhere Umsatzziffer erreicht als das Sozialprodukt der Niederlande oder Belgiens oder das Staatsbudget Italiens, Japans oder Kanadas ausmacht, dass die Umsätze von Esso, Ford, Shell/Royal Dutch höher als die Sozialprodukte Dänemarks, Oesterreichs, Norwegens oder die Staatsbudgets Schwedens oder der Niederlande sind. Diese Relationen deuten an, dass nur wenige Länder in der Welt mit ihrem Sozialprodukt oder gar ihrem Staatsbudget eine Gröszenordnung erreichen, wie sie die groszen Transnationalen Konzerne mit ihren Umsätzen gewinnen.

Die Einschätzung der Transnationalen Konzerne durch die verschiedenen nationalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaften weist viele Gemeinsamkeiten auf; doch bestehen auch charakteristische Unterschiede. Beides soll hinsichtlich der Ursachen und Folgen der Konzernexpansion sowie im Hinblick auf eine gewerkschaftliche Gegenstrategie aufgrund von Stellungnahmen repräsentativer Organe der Gewerkschaften darzustellen versucht werden.⁷ Zunächst soll der Bereich der Beurteilung aufgezeigt werden, in der Sprecher und Stellungnahmen verschiedener Richtungsgewerkschaften übereinstimmen.

2, Konsens in der gewerkschaftlichen Beurteilung

Es herrscht Übereinstimmung über die Gründe der Konzernexpansion. In ihr wird grundsätzlich eine 'objektive Tendenz', 'ein Merkmal unserer Zeit' anerkannt, ein Ausdruck von Fortschritt der Technik und Wissenschaft, aufgrund der die Internationalisierung der Produktivkräfte 'real und unvermeidlich' ist: 'Sie ist verbunden mit der Bewegung der Produktivkräfte und mit dem immer gesellschaftlicheren Charakter der Produktion'.⁸ In einer Erklä-

⁷ Die Analyse basiert auf schriftlichen Äusserungen und einer Reihe von Interviews des Verfassers mit Gewerkschaftsfunktionären. Ein Teil der zitierten Materialien ist in den vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen Frankfurt herausgegebenen Arbeitsmaterialien 'Internationale Konzerne und Arbeitersklasse', Ffm 1972 enthalten.

⁸ WGB, Tagung Sept. 1971 in Warschau, Rede von Henri Sinno, Sekretär des IVG Metall, Konferenzmaterial.

rung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) wird dazu ausgeführt, dass die Wirtschaftsintegration auf internationaler Ebene und die immers grösere Internationalisierung des Kapitals mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zusammenhängen, 'der das Bedürfnis nach neuen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, nach Entfaltung der öffentlichen Dienste und des Transportwesens, nach Spezialisierung und internationaler Zusammenarbeit in der Produktion usw. in sich birgt. Das beträchtliche Ausmass der Unternehmen und der Serienproduktion bewirkt einerseits den Drang, die wirtschaftlichen Barrieren des Staates zu durchbrechen, und führt andererseits zu dem Bestreben, die Staaten und die öffentlichen Gelder in den Integrationsprozess einzubeziehen'.⁹ Der 9. Weltkongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) verabschiedete 1969 in Brüssel eine Resolution, in der es sogar einleitend heisst: 'Die internationale Organisation der Produktion kann eine wichtige Rolle spielen, um neues technisches Sachwissen zu verbreiten und dem Wirtschaftswachstum sowie dem sozialen Fortschritt Auftrieb geben...'. Allerdings heisst es hier dann einschränkend weiter, '... vorausgesetzt, dass eine gewerkschaftliche Aktion in all ihren Formen gegenüber den multinationalen Gesellschaften eingesetzt wird, um die Interessen der Arbeitnehmer und der gesamten Oeffentlichkeit zu gewährleisten'.¹⁰ Da diese Formel noch nichts über den Charakter und den Umfang der 'gewerkschaftlichen Aktionen in all ihren Formen verrät', dürfte sie auch gerade noch dem Konsens aller Richtungsgewerkschaften entsprechen. Diese Annahme stützt sich auf das grosze Mass an Übereinstimmung, das zwischen den Gewerkschaften in der Kritik an der Konzernexpansion besteht. Das gilt insbesondere für die Hinweise auf ihre gefährlichen Folgen.

Gefahren für die demokratische Entwicklung, das wirtschaftliche, gleichgewichtige Wachstum und die soziale Lage der Lohnabhängigen sowohl in den kapitalistischen Industriegesellschaften wie in den Ländern der Dritten Welt sehen sowohl die im IBFG wie im WGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften. In der schon genannten IBFG-Resolution wird vorbehaltlos festgestellt dass die Transnationalen Konzerne 'sich durch eine Tätigkeit im weltweiten Rahmen jeder Form einer demokratischen Kontrolle entziehen'.¹¹ In der erwähnten WGB-Erklärung wird dazu ausgeführt, dass sie 'die ernsthafteste Be-

⁹ WGB: Die Gewerkschaften und die multinationalen Gesellschaften, in: *Weltgewerkschaftsbewegung* H. 6/7 1971, S. 23.

¹⁰ Resolution des 9. Weltkongresses IBFG 1969.

¹¹ Ebd. In einer anderen Erklärung aus den Reihen des IBFG heisst es eingeschränkt: Die Konzerne entziehen sich 'in hohem Masse einer wirksamen nationalen Regelung und Kontrolle'. IMB/IBFG, Erklärung der Tagung der IMB-Weltautomobilausschüsse in London vom 23.-25.3.1971.

drohung für die nationale Souveränität und die Demokratie sind'.¹² Der IBFG wirft ihnen im Hinblick auf Staaten an der kapitalistischen Peripherie vor, dass sie 'in opportunistischer Weise die Situation in Diktatorländern ausnutzen', in denen es keine freien Gewerkschaften gibt. Ihre Tätigkeit in solchen Ländern muss offensichtlich dazu beitragen, die herrschende Oligarchie an der Macht und die Arbeitnehmer in einem Zustand der Unterdrückung zu halten'.¹³ In einer Erklärung des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) des IFBG heisst es weiter dazu: 'In allzu vielen Fällen zeigen sie eine Vorliebe für repressive Regime und Diktaturen... Ueberall nutzen sie das niedrigste Mass an sozialer Verantwortung... In Südafrika z. B. beuten sie den Rassismus voll aus'.¹⁴

Ausführlich setzte sich der Sekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) des IMB, Günter Köpke, mit dem Verhalten der Transnationalen Konzerne in den Ländern der Dritten Welt auseinander: 'Free Enterprise' hat Vorrang im Verhältnis zu politischer Demokratie, Profit erscheint wichtiger als die Garantie elementarer Menschenrechte. Weltweit operierende Konzerne... stützen das Regime der Rassentrennung und profitieren noch von der oktroyierten Lohndiskriminierung zwischen weissen und schwarzen Arbeitern für gleiche Arbeit am Fließband. Amerikanische und europäische Konzerne mit klangvollen Namen scheuen sich nicht, selbtherrliche Oelscheichs im Nahen Osten in ihrer Herrschaft über das Volk zu unterstützen. Militärdiktaturen in lateinamerikanischen Ländern an der Macht zu halten oder faschistische Regime wie in Spanien und Portugal zu unterstützen gegen den politischen Aufstand der Bevölkerung'.¹⁵ Aufgrund der Praxis, die die Führungsspitze des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO in vielen lateinamerikanischen Ländern in der Unterstützung nordamerikanischen 'Free Enterprise' geübt hat, ist es allerdings fraglich, ob sie den Tenor einer solchen Verlautbarung sich zu eigen machen würde. Zweifellos wird eine solche Kritik jedoch von Einzelgewerkschaften innerhalb und ausserhalb des AFL/CIO bejaht.¹⁶

Die Vorhaltungen der Gewerkschaften gegenüber den Konzernen gehen alle von der These aus, dass sie 'auf der Grundlage zentralisierter Beschlussfas-

¹² WGB, Die Gewerkschaften... a.a.O., S. 30.

¹³ IBFG, Die freien Gewerkschaften und die multinationalen Gesellschaften, Resolution der Weltwirtschaftskonferenz des IBFG in Genf vom 24.-26.6.1971.

¹⁴ IMB/IBFG, Erklärung der Tagung a.a.O.

¹⁵ Günter Köpke, Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 22 Jg. H. 7, S. 395. Vgl. dazu aus unternehmerischem Blickwinkel: John Blashill, The proper role of US corporations in South Africa, in: *Fortune*, July 1972, S. 49 ff.

¹⁶ Das gilt insbesondere für die UAW, die selbst dem IMB angehört.

sung unter völliger Misachtung nationaler Loyalität und sozialer Verantwortung' arbeiten. Damit können sie durch ein System des 'Teile-und-herrsche', 'die Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern zu ihrer aller Schaden gegeneinander ausspielen und die Regierungen in einen herabwürdigenden Wettbewerb um ihre Gunst hineinzwingen. Um Arbeitnehmer und Regierungen einzuschüchtern, bedienen sie sich schamlos der Drohung, Investitionen und Arbeitsplätze zu verlieren, wenn diese sich ihrem Diktat in Bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Steuerregelungen oder Regierungsbeihilfen nicht fügen'.¹⁷ Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften die Folgerung, dass 'die Politik der Staaten... teilweise in Frage...' gestellt wird.¹⁸ 'Die Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung der örtlichen Industrie, regionale Entwicklung usw. wird zu einer schwierigen Angelegenheit, sobald die multinationalen Gesellschaften ihre Hände im Spiel haben'.¹⁹

Im einzelnen wird diese Folgerung in der IBFG-Resolution so ausgeführt: Die Konzerne 'beeinträchtigen die demokratische nationale Entwicklungsplanung, sie übertragen willkürlich Produktionsanlagen und Forschungszentren von einem Land zum anderen, ohne Rücksicht auf eine ausgeglichene globale und regionale Entwicklung, sie entziehen sich der Besteuerung durch interne Ueberweisungen zu künstlichen Preisen zwischen Tochtergesellschaften der gleichen Gruppe und entziehen sich ebenfalls den in gewissen Ländern auferlegten Einschränkungen für Produktions- und Ausfuhrmöglichkeiten, die sich auf die Zahlungsbilanz auswirken...'.²⁰

In ihrem Schlussverdict stimmen die Gewerkschaften ebenfalls ununterscheidbar überein. So heisst es z.B. in einer IMB-IBFG-Erklärung: 'In ihrem Streben nach maximalen Gewinnen verfolgen die weltweiten Konzerne eine Politik des weltweiten Ausschöpfens aller Quellen. Das bedeutet, dass sie menschliche Arbeitskraft und Rohstoffe auf den billigsten Märkten kaufen und die Erzeugnisse an Verbraucher in der ganzen Welt verkaufen zu Preisen, die ihre Preisführung und das deutlich abgekartete Spiel widerspiegeln, das Oligopole charakterisieren. Auf diese Weise berauben sie Arbeitnehmer und Verbraucher in allen Ländern der Vorteile des internationalen Handels, der sich auf praktische internationale Arbeitsteilung gründet'.²¹ Ähnlich heisst es in einem Beitrag des Sekretärs der Industrievereinigung (IVG) Metall des WGB, Henri Sinno: 'Wenn es auch der Wahrheit entspricht, dass die multinationalen

¹⁷ IMB/IBFG, Erklärung der Tagung a.a.O.

¹⁸ WGB, Die Gewerkschaften a.a.O.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Resolution des 9. Weltkongresses des IBFG 1969.

²¹ IMB/IBFG, Erklärung der Tagung a.a.O.

Gesellschaften die objektive Tendenz zur Internationalisierung der Produktion widerspiegeln, so geben sie davon nur ein monopolistisches, also entstelltes Bild... Sie trachten danach, sich die Internationalisierung der Produktion unterzuordnen, um auf beste Bedingungen für ihre eigene Bereicherung zu spekulieren... (Sie) vervielfältigen die Verschleuderung der Produktionsmittel... und erhöhen somit die Ungleichheiten, die im Endeffekt den Aufschwung der Produktivkräfte bremsen und auch den Prozesz der Internationalisierung der Produktion selbst'.²²

Neben dieser Beurteilung der Folgen für die demokratische Entwicklung und das wirtschaftliche Wachstum und Gleichgewicht stimmen die Gewerkschaften auch in der Einschätzung der sozialen Folgen bzw. der Wirkungen auf sich selbst überein, die die Expansion der Transnationalen Konzerne begleitet. Die hier zugrundeliegende zentrale These lautet, dass die transnationale Konzentration des Kapitals das Verhältnis zur organisierten Arbeiterbewegung zu deren Ungunsten verschoben hat. Die durch nationale Gewerkschaften erkämpften Rechte und ihr weiterer Ausbau werden durch die Konzerne aufgrund dieses veränderten Kräfteverhältnisses mit Erfolg in Frage gestellt. Damit können sie, wie der IBFG im Hearing eines Ausschusses des US-Kongresses zu Protokoll gab, 'die bestehenden Systeme der Sozialbeziehungen untergraben das Recht der Arbeitnehmer auf Zusammenschluss... einschränken, ihr Recht auf Einleitung koordinierter Kollektivverhandlungen auf dem jeweils geeigneten Niveau schmälern, das internationale Gefälle der Arbeitskosten zur Steigerung der Profite ausnützen'.²³ Konkreter heisst das Ablehnung der Gewerkschaften als Verhandlungspartei, Nichtbeachtung bestehender Verfahren des Kollektivverhandlungen, Drohungen, die Produktion auf Tochtergesellschaften in ein anderes Land zu verlagern, Schliessung von bestreikten Betrieben transnationaler Unternehmen, Arbeitsplatzexport, Verlagerung und Verschleierung der Entscheidungszentren.²⁴ Zusammenfassend nennt der WGB als 'wesentlichstes Kennzeichen' der Transnationalen Konzerne: 'Sie sind zutiefst gewerkschaftsfeindlich eingestellt oder genauer, sie widersetzen sich auf das heftigste der ungehinderten Arbeit der Gewerkschaften'.²⁵

Die einheitliche Beurteilung der sozialen Folgen, wie sie sich durch die Expansion der Konzerne ergeben, durch die verschiedenen Gewerkschaften liegt deshalb nahe, weil sie aufgrund zahlreicher Arbeitskonflikte eine unmittelbare Anschauung gewinnen konnten oder weil diese sich durch Solidaritätsaufforderungen ausreichend verlässlich einstellte. Den das Verhältnis,

²² Rede von Henri Sinno, a.a.O.

²³ Resolution des 9. Weltkongresses des IBFG 1969.

²⁴ Ausführungen dazu u.a. bei Günter Köpke, a.a.O.

²⁵ WGB, Die Gewerkschaften, a.a.O.

das Gewerkschaften konkret zu den Konzernen gewinnen, beruht zweifellos auf einem unterschiedlichen Realitätsgehalt gestaffelt nach dem Transnationalisierungsgrad der betreffenden Branche oder des Berufszweigs und abgestuft nach der 'sozialen Umgebung', die sich im Zentrum von der Peripherie der kapitalistischen Gesellschaften unterscheidet. Deshalb stammen die meisten Aeuszerungen aus den Reihen der Metallgewerkschaften, zu denen auch die Elektro- und Automobilindustrie gehören, der Chemiegewerkschaften, in denen auch die Lohnabhängigen der Mineralölindustrie organisiert sind, und der Lebens- und Genussmittelarbeitergewerkschaften. Es entspricht einem Akt der Solidarität, wenn sich die weniger betroffenen Gewerkschaften ihren Verlautbarungen angeschlossen haben.

3, Dissens in der gewerkschaftlichen Beurteilung

Die Differenzen zwischen den Gewerkschaften bestehen also weniger in der Einschätzung der wirtschaftlichen Gründe für die Expansion der Konzerne und nicht in der Beurteilung ihrer Wirkung. Sie treten auf in Hinblick auf die Rolle des Staatsapparates und zwar in zweifacher Weise: Einmal hinsichtlich seiner Funktion bei der Ausbreitung der transnationalen Unternehmen und damit verbunden hinsichtlich seiner Position für die Zwecke einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie.

Die im IBFG zusammengefassten Gewerkschaften sehen den Staat als hilfloses oder passives Objekt der Konzerne, das sich ihrem Investitionspotential fügen muss, das deshalb fiskalische und andere Zugeständnisse macht und das von den Konzernen aufgrund ihrer transnationalen Kommunikation durch Steuerflucht, Wechselkurspekulation etc. zusätzlich noch getäuscht und umgangen wird. In den Worten des früheren IMB-Präsidenten Otto Brenner: 'Die multinationalen Gesellschaften sind nicht nur eine Herausforderung an die Gewerkschaften, sondern verlangen von den nationalen und internationalen Instanzen der Wirtschaftspolitik klare und schnelle Entscheidungen'.²⁶ Dahinter verbirgt sich das Gegenstück der von den Apologeten der Konzernentwicklung vorgetragenen Staatskonzeption: Der herkömmliche Nationalstaat ist angesichts der Anforderungen einer integrierten Weltwirtschaft ein Störfaktor und sein Souveränitätsanspruch ist bestenfalls obsolet. Tatsächlich erklärte der IMB: 'Entweder werden die nationalen Regierungen ihre Politik und ihre Aktion aufeinander abstimmen mit dem Ziel, die weltweiten Oligopole unter Kontrolle zu bringen, oder die Oligopole werden ihrerseits ihren hochzentralisierten Machtapparat einsetzen, um die nationalen Regierungen zu beherrschen'.²⁷

²⁶ Einführungsrede auf der Weltwirtschaftskonferenz des IBFG in Genf vom 24.-26.6.1971.

Aus einer solchen Vorstellung ergibt sich konsequent für die Gewerkschaften, den Staatsapparat im nationalen und inter- bzw. supranationalen Rahmen zu stärken, ihn im Sinne gewerkschaftlicher Ziele zu unterstützen und auf ihn Druck auszuüben. So forderten die Weltautomobilausschüsse des IBM-IBFG die Mitgliedsgewerkschaften auf, 'dass sie ihre Macht und ihren Einfluss einsetzen, um Regierungen und zwischenstaatliche Organisationen zu allen denkbaren Masznahmen zu veranlassen, die geeignet sind, den Machtmissbrauch der internationalen Gesellschaften einzuschränken und zu verhindern'.²⁸ Der IBFG-Vorstand appellierte in Dezember 1970 an die Regierungen, Masznahmen zu treffen, um die Konzerne zu veranlassen, Gesamtabrechnungen vorzulegen und ihnen eine Steuerflucht zu erschweren.²⁹ Er verlangte die Einberufung einer UN-Konferenz zur Festlegung eines Verhaltenskodex für Transnationale Konzerne, um 'antidemokratische Masznahmen als Investitionsanreize' auszuschließen. Ein solcher Kodex sollte von IAO, UNCTAD, GATT und OECD unter 'Mitsprache der Gewerkschaften' bei Vorliegen von Beschwerden überwacht werden.³⁰ Der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes, TUC, forderte 'ein gewisses Masz an Kontrolle und Rechnungslegung für solche multinationalen Gebilde. Die Regierungen müssen sich zusammensetzen und gemeinsame Richtlinien beschließen, die sie bei ihren Verhandlungen mit den internationalen Gesellschaften anwenden können'.³¹ Im Mai 1970 forderte der AFL/CIO in einer Verlautbarung an einen Kongressausschuss u.a. als staatliche Masznahmen, Einstellung der Hilfe und Subventionierung für amerikanische Gesellschaften, die ausländische Töchter bilden und betreiben, Kontrolle des Kapitalexportes.³² Dieser Forderung fügte der Vorstand des AFL/CIO im Februar 1971 hinzu; 'Es müsse eine weitere Verschlechterung der amerikanischen Stellung im Handel verhindert werden, indem man alle neuen Verträge über Zollpräferenzen und sonstige Sonderabmachungen ablehne, die in der Praxis den multinationalen Unternehmen Vorteile brächte'.³³

Im Unterschied zur Vorstellung über die passive Rolle des Staates, wie sie vom IBFG vertreten wird, sehen die vom WGB organisierten Gewerkschaften

²⁷ IMB/IBFG, Erklärung der Tagung, a.a.O.

²⁸ Ebd.

²⁹ Entschliesung des Vorstandes des IBFG vom Dez. 1970 an die Internationale Arbeitsorganisation (IAO).

³⁰ Ebd. Wiederholt auf dem 10. Weltkongress des IBFG vom 10.-14.7.1972 in London.

³¹ S. *TUC Economic Review* 1971 und *TUC Publikation*, International Companies, London 1971.

³² *AFL/CIO-News*, May 1970.

³³ *AFL/CIO-News*, Febr. 1971.

im Staat 'einen sehr aktiven Agenten der multinationalen monopolistischen Expansion'.³⁴ Sie verweisen auf die staatliche Förderung von Unternehmenskonzentrationen z.B. im Flugzeugbau und auf die in diesem Sinne wirkenden Rüstungsausgaben. 'Mit Hilfe des Staates versuchen die auf nationaler Ebene mächtigsten Monopolgruppen, im Konzert der multinationalen Gesellschaften mitzuspielen'.³⁵ Nach dieser Auffassung, die ihren allgemeinen Ausdruck in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus findet, ist der Staatsapparat in den kapitalistischen Gesellschaften ein inhärenter Faktor im wirtschaftlichen Verwertungsprozess durch seine Eingriffe auf dem Gebiet von Konjunktur, Währung, Wettbewerb, Kredit, Wirtschafts- und Sozialstruktur. Deswegen ist er nach diesem Konzept in die Entwicklung der transnationalen Konzentration des Kapitals als integrierende Instanz eingebettet und steht ihr keineswegs neutral und isoliert gegenüber. Deshalb 'mutet es geradezu kindlich an',³⁶ wie der WGB dem IBFG vorhält, Regierungen und zwischenstaatliche Organe überzeugen zu wollen, 'damit sie jede für notwendig erachtete Masznahme ergreifen, um jeglichen Missbrauch von seiten der internationalen Gesellschaften zu vermeiden'.³⁷

Die im WGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften legen daher den Akzent auf gewerkschaftliche Aktionen zum Aufbau einer Gegenkraft. Damit begegnen sie sich wieder mit gleichlautenden Forderungen der dem IBFG angehörenden Gewerkschaften.

4, Zur transnationalen gewerkschaftlichen Gegenmacht?

Die Herausforderung der Transnationalen Konzerne führte in der Gewerkschaftsbewegung zu einer Reihe von Entwürfen von Aktionsprogrammen, deren Tendenz über eine verbesserte Kommunikation, Koordination und Kooperation auf Aktionseinheit und den Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht weisen. Dabei wurde ein Anfang gemacht durch Erfahrungsaustausch, systematische Datensammlung, Konzernanalyse, Verweigerung von Mehrarbeit, Bildung zentraler gewerkschaftlicher Konzernausschüsse u.a. Erfolge blieben daraufhin nicht aus.

Freilich kamen auch die Probleme zum Vorschein, die eine bereits im nationalen Bereich fraktionierte Gewerkschaftsbewegung auf dem Weg zu einer Aktionseinheit und den Aufbau einer transnationalen Gegenkraft belasten. Inwieweit die 'ideologischen Meinungsverschiedenheiten . . . kein Hindernis für das gemeinsame Handeln in Bezug auf gemeinsame Probleme zu sein

³⁴ Rede von Henri Sinno, a.a.O.

³⁵ WGB, Die Gewerkschaften, a.a.O.

³⁶ Rede von Henri Sinno, a.a.O.

³⁷ Ebd. Vgl. Anm. 28.

braucht³⁸ werden eventuell die italienischen Einigungsbemühungen lehren. Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenkraft ist aber nicht nur durch gesellschaftstheoretische und organisatorische Traditionen erschwert, er sieht sich gegenüber den Transnationalen Konzernen in einer verzweifelt ungünstigen Ausgangsposition, die der Sekretär der EMB/IMB, Günter Köpke, so beschrieb: 'Das Eigentum an dem Produktionsmittel verleiht Unternehmern ein konstituierendes Vorrecht in der Gesellschaft. Sie können enorme finanzielle, personelle und organisatorische Mittel zur Verteidigung ihrer Vorherrschaft einsetzen. Die Koordinierung der wirtschaftlichen Interessen innerhalb der multinationalen Unternehmen unter einem einzigen Gesichtspunkt, nämlich der grössten Rentabilität, ist relativ leicht zu realisieren. Die Praxis der ständigen internationalen Geschäftsbeziehungen und grösere Bildungschancen tragen dazu bei, die sprachlichen Hindernissen zu überwinden'.³⁹ Politische Wissenschaft, deren Erkenntnisinteresse von gesellschaftlicher Emanzipation, Chancengleichheit und demokratischer Entwicklung geleitet ist, sollte an den dargestellten Problemen der Gewerkschaften nicht vorbeisehen können. Ihr fiele die Aufgabe zu mit ihren Mitteln dazu beizutragen, dass die sich durch die Expansion der Transnationalen Konzerne ändernden internationalen sozialen Beziehungen richtig erkannt werden und damit ein auf Ueberwindung illegetimer Machstrukturen gerichtetes gewerkschaftliches Handeln erfolgreicher sein kann.

³⁸ WGB, Die Gewerkschaften, a.a.O.

³⁹ Günter Köpke, a.a.O.

Political efficacy, een derde exploratie door J. Janmaat

In juli 1968 is in Acta Politica het artikel „*Political Efficacy: a further exploration*” gepubliceerd¹. Hierin is aandacht geschonken aan het door politikologen ontwikkeld begrip „*political efficacy*”, hetgeen mogelijk omschreven zou kunnen worden als politiek zelfvertrouwen. Het begrip is in het onderhavige artikel in tweeërlei zin opgevat. Ten eerste als een norm, die „*refers to the set of expectations that people will feel able to act freely and effectively in the political sphere in relation with a government responsive to their initiatives*”. Ten tweede als het gevoel dat „*refers to whether people do in fact feel capable of acting freely and effectively*”². De belangstelling was vooral gericht op het bepalen van indicatoren welke aan de inhoud van het begrip vorm kunnen geven, en het vaststellen van de relaties tot enkele belangrijk geachte variabelen.

Om die belangstelling te bevredigen is een onderzoek verricht in Amsterdam. Via een a-selecte steekproef zijn 1513 kiesgerechtigden ondervraagd. De mate van political efficacy werd bepaald aan de hand van een score, die behaald werd door een vragenlijst te beantwoorden. Als variabelen van het begrip werden onderzocht: geslacht, inkomen, opleiding, politieke kennis, partijkeuze en stabiliteit van het kiesgedrag. Het uit de analyse voortkomend resultaat komt er in grote lijnen op neer dat een sterke relatie is gevonden tussen de political efficacy en het ontwikkelingsniveau. Met als belangrijkste aantekening daarbij dat op het hoogste ontwikkelingsniveau de krachten van de socialisatie der normen worden tegengewerkt door het zien falen van de regering m.b.t. haar beleid t.o.v. sommige normen. Op dit niveau heerst meer inzicht in het handelen van de regering, wat discrepantie teweeg brengt tussen de political efficacy en het vermogen tot het aanbrengen van wijzigingen in het beleid. Alle bovenvermelde variabelen zijn op hun relaties met de political efficacy getoetst, eventuele conclusies vermeld en aan de hand van de tabellen gestaafd. Op sommige tabellen, en de daaruit afgeleide of verklaarde tussenconclusies, wil ik hier nu terugkomen.

Het wil mij voorkomen dat aan de tabellen 6, 9 en 13 uit dat artikel mogelijk een verdere uitwerking kan worden toegevoegd. Ik heb trouwens moeite met de interpretatie van deze tabellen. En wel omdat bij de aangegeven percentages in de rijen er aandacht moet worden geschonken dat deze percentages niet zonder meer met elkaar kunnen worden vergeleken, daar de kiezers met een bepaald niveau van ontwikkeling over de drie graden van de political efficacy zijn verdeeld zoals in tabel 1 is weergegeven.

Mijns inziens kan deze verdeling niet worden losgekoppeld van de drie tabellen en dient zij bij de interpretatie ervan te worden gebruikt, wil men althans fouten voorkomen. Er moet in de eerste rij van de tabellen 6, 9 en 13 rekening mee

¹ H. Daudt, C. E. v. d. Maesen en R. J. Mokken, Political Efficacy, a further Exploration, *Acta Politica III*, 1967-68, nr. 4, blz. 286-307.

² Op. cit. blz. 289.